

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 067 / 2018
Kiel, Mittwoch, 28. Februar 2018

Finanzen/Verkauf HSH Nordbank

Christopher Vogt: Dies ist heute kein Freudentag

Anlässlich des möglichen Verkaufs der Landesanteile der HSH Nordbank erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Mit der Schließung des Kaufvertrages ist die Privatisierung der HSH Nordbank nun zum Greifen nah, auch wenn es noch einige Hürden gibt, bis der Verkauf dann auch tatsächlich vollzogen werden kann. Die FDP-Fraktion hätte die Bank gerne schon im Jahr 2005 zu einem nennenswerten Preis veräußert. Dann wäre den schleswig-holsteinischen Steuerzahlern und kommenden Generationen sehr viel erspart geblieben. Dafür können wir uns jetzt allerdings auch nichts mehr kaufen. Es geht nur noch darum, den immensen Schaden, der durch den Größenwahn einiger norddeutscher Landespolitiker entstanden ist, zu begrenzen. Fest steht jedenfalls, dass es nie die Aufgabe von zwei auch noch vergleichsweise kleinen Bundesländern war, eine internationale Geschäftsbank zu betreiben. Das war immer Wahnsinn. Zudem hat man 2009 völlig falsch auf die Finanz- und Schiffahrtskrise reagiert.

Noch vor einigen Monaten hätten wir es kaum für möglich gehalten, dass sich tatsächlich ein Interessent finden würde, der unter den vereinbarten Bedingungen einen Kaufvertrag unterschreibt. Dennoch ist dies für uns kein Freudentag, da nun die in der Vergangenheit verursachten Verluste in Milliardenhöhe sehr bald realisiert werden müssen. Dies wird den Landeshaushalt über Jahrzehnte zusätzlich belasten.

Wir hatten uns dafür eingesetzt, dass der gesamte Landtag und nicht nur der Finanzausschuss über den Verkauf entscheidet. Alle Abgeordneten werden deshalb in den nächsten Wochen Einsicht in die Vertragsdetails nehmen können. Die Abgeordneten der FDP-Fraktion werden die Unterlagen intensiv prüfen. Ohne Bauchschmerzen wird wohl keiner unserer Abgeordneten in die Abstimmung gehen. Uns geht es dabei allein darum, den Schaden für unser Bundesland so gering wie möglich zu halten.

Nach unserer jetzigen Einschätzung wäre die Abwicklung der Bank als Alternative zum Verkauf die schlechtere Lösung. Wenn die Parlamente von Schleswig-Holstein und Hamburg dem Verkauf der HSH zustimmen werden, müssen im weiteren Verkaufsprozess noch einige Hürden genommen werden. Wir hoffen, dass man sich dabei auch beim deutschen Giro- und Sparkassenverband (DSGV) seiner Verantwortung bewusst ist.

Es gilt nun auch für die Landespolitik, aus dem HSH-Debakel die richtigen Lehren ziehen: Nie wieder darf mit Steuergeld derart spekuliert werden. Der Staat muss unternehmerische Risiken weitestgehend vermeiden und sich endlich besser vor allem auf seine Kernaufgaben konzentrieren, anstatt gierig nach privatwirtschaftlichen Gewinnen zu schießen, an denen er ohnehin schon durch Steuereinnahmen partizipiert.“